
Pressekonferenz des IGST am 12. Mai 2009 in Berlin

Für ein verlässliches Gesundheitswesen

Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung haben viele Bürger Angst um ihre Zukunft. Jetzt kommen Meldungen dazu, die Zweifel an der Stabilität und der Bezahlbarkeit der Gesundheitsversorgung schüren. Die Bürger fragen sich, ob sie dann, wenn sie ernsthaft oder chronisch krank sind, auch das erhalten, was sie an medizinischen Leistungen brauchen und ob sie es auch bezahlen können.

„Nur Klarheit und eine Perspektive gibt Sicherheit. Die Bevölkerung muss wissen, was die künftigen Probleme sind und wie eine für jeden finanzierbare Gesundheitsversorgung auch in Zukunft möglich ist“, so eine Arbeitsgruppe bei der Vorstellung der 150 Seiten umfassenden Gesundheitspolitischen Agenda 2009 in Berlin, die detaillierte Vorschläge zur Weiterentwicklung des Gesundheitssystems enthält. Mitglieder der Arbeitsgruppe sind neben Prof. Fritz Beske, Dr. Franz-Joseph Bartmann, Ralf W. Büchner, Dr. Peter Froese, RA Peter Knüpper und Dr. Ulrich Thamer.

„Die durch die Bevölkerungsentwicklung und die Kosten des medizinischen Fortschritts entstehenden Probleme sind nicht durch Einzelmaßnahmen zu lösen. Erforderlich ist ein durchgängiges Konzept, damit Deutschland wieder ein verlässliches, solidarisches und gerechtes Gesundheitswesen zurückerhält“, so Prof. Fritz Beske, Direktor des IGST Kiel. Er fordert seit langem von der Politik, sich den Problemen der Zukunft zu stellen, diese Probleme ehrlich auch in der Öffentlichkeit zu diskutieren und ein zukunftsfähiges Konzept zu erarbeiten.

Zentrale Forderung ist die verbindliche Festlegung von Gesundheitszielen wie die Zusage für Patienten, auch im Alter eine bedarfsgerechte Versorgung zu erhalten und die Teilhabe am medizinischen Fortschritt für alle.

Die Politik hat für die künftige Gestaltung der Gesundheitsversorgung im Grundsatz mehrere Handlungsoptionen, so die Einführung einer Staatsmedizin mit zentral regulierter und kontrollierter Gesundheitsversorgung, letztlich steuerfinanziert, mit Budgetierung, Wartelisten und stiller Rationierung wie in Großbritannien oder die Ablösung der Versicherungspflicht durch eine Pflicht zur Versicherung mit Markt und Wettbewerb als übergreifendes Prinzip und damit Aufgabe einer organisierten Gesundheitsversorgung wie in den USA.

„Wir plädieren für die Weiterentwicklung des deutschen Gesundheitswesens auf der Basis eines Kollektivvertragssystems, dessen Arbeitsfähigkeit von einer starken Selbstverwaltung gewährleistet wird.“